

# **Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

## **Kommunalpolitische Erklärung zur Kommunalwahl 2009**

### **Für eine nachhaltige und soziale Stadtentwicklung Dortmund braucht mehr GRÜN**

Wir als GRÜNE in Dortmund haben ein Ziel: Wir wollen nach den Kommunalwahlen 2009 unsere Politik für eine nachhaltige und soziale Stadtentwicklung, die allen Menschen eine lebenswerte Perspektive in Dortmund erhält, gestärkt fortsetzen.

2004 haben wir im Auftrag unserer WählerInnen in zähen Verhandlungen mit der SPD darum gerungen, mehr GRÜN in die Dortmunder Politik zu bringen. Uns ist es in den letzten Jahren gelungen, viele kleine und auch große Schritte auf dem GRÜNEN Weg zu gehen und wir haben unsere Stadt lebenswerter gemacht, auch wenn wir in der Ratsarbeit mit der SPD Kompromisse finden mussten.

Es bleibt noch viel zu tun. Zufrieden sind wir lange noch nicht. Deshalb brauchen wir eine noch stärkere GRÜNE Verankerung im Rat und in den Bezirksvertretungen. Hierfür wollen wir streiten und dabei möglichst viele auf unserem Weg mitnehmen.

Am 07. Juni 2009 wird sich entscheiden, ob sich in unserer Stadt eine Politik durchsetzt, die für soziale Kälte steht, die die Ideologie „Privat vor Staat“ vertritt und den Prozess des ungezügelter Landschaftsverbrauchs mit einer Plünderung unserer Ressourcen vorantreibt oder ob wir GRÜNEN unsere ökologische und sozial gerechte Politik fortsetzen können.

Mit den nachfolgenden Eckpunkten einer nachhaltigen und sozialen Stadtentwicklung wollen wir den Wahlkampf einleiten. Diese Eckpunkte sind aber auch Prüfsteine für eine eventuelle Zusammenarbeit mit anderen Parteien.

### **Global denken – lokal handeln**

#### **1. Klimaschutz vor Ort beginnen**

Nach dem Orkan Kyrill im Januar 2007 und spätestens mit dem Unwetter vom 26. Juli 2008 wurde vielen klar, dass der Klimawandel mit seinen Wetterextremen auch in Dortmund seinen Einzug gehalten hat.

Mit einem Pro-Kopf-Ausstoß von 7,7 Tonnen CO<sub>2</sub>, bzw. 4,5 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> insgesamt, heizt Dortmund dem Klima ordentlich ein. Wir müssen unsere kommunalpolitischen Anstrengungen zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung deshalb fortsetzen.

Wir wissen, dass eine 100-prozentige Stromversorgung der Dortmunder Haushalte und Gewerbetreibenden aus erneuerbaren Energien möglich ist. Dies setzt voraus, dass konsequent alle Energieeinsparmöglichkeiten ausgeschöpft, effizientere Technologien eingesetzt und erneuerbare Energien weiter ausgebaut werden.

Wir haben es möglich gemacht, dass Privatleute Fotovoltaikanlagen auf städtischen Dächern installieren und so einen wichtigen Beitrag zur Gewinnung regenerativer Energien leisten können. Außerdem haben wir für Neubaugebiete Niedrigenergiestandards festgesetzt und alternative Energieversorgungskonzepte eingeführt (z. B. bei Phoenix-Ost und in Hohenbuschei).

Für die städtischen Gebäude haben wir ein Energiesanierungsprogramm aufgelegt, das nicht nur den Energieverbrauch senken, sondern zugleich das Handwerk vor Ort fördern soll. Rund 17 Mio. € wurden dafür bisher bereitgestellt.

## **2. Flughafenausbau stoppen**

Im Jahr 1995 wurden von einer großen Rathauskoalition aus SPD und CDU die Voraussetzungen zum Ausbau des Dortmunder Flughafens und damit für Belastungen durch klimaschädigende Emissionen und Lärm sowie für Grundstücks- und Immobilienwertverluste der BürgerInnen im Dortmunder Süden geschaffen.

Hinzu kommt, dass rund 150 Mio. € Verluste in den Jahren 1995 bis 2007 von den Dortmunder Stadtwerken und so indirekt von den Dortmunder GebührenzahlerInnen schon bezahlt werden mussten. Weitere 100 Mio. € Verluste sind für die Geschäftsjahre 2008 bis 2012 jetzt schon eingeplant. Diese werden sich allerdings nach dem Rückzug der Billigfluglinien noch erhöhen!

Eine Ausweitung der Betriebszeiten und ein weiterer Ausbau des Flughafens ist mit Bündnis 90/DIE GRÜNEN nicht zu machen. Wer den Ausbaufantasien von SPD und CDU ein Ende bereiten will, der muss sich für eine starke GRÜNE Vertretung im Rat und in den Stadtbezirken einsetzen.

## **3. Sozialen Zusammenhalt stärken**

Der von Bündnis 90/DIE GRÜNEN eingeforderte Armutsbericht verdeutlichte, dass unsere Stadt immer mehr zwischen Arm und Reich auseinander driftet. Fast jede/jeder sechste Dortmunderin und Dortmunder ist auf Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts abhängig. Drei von zehn Dortmundern Kindern leben in Familien ohne ausreichendes Erwerbseinkommen.

Wir wollen Armut nicht hinnehmen, sondern bekämpfen! Sozialleistungen müssen von vornherein so sein, dass mit ihnen ein Leben ohne ständige zusätzliche Einzelsubventionierung, Ausgrenzung und Erniedrigung möglich ist. Das kann nicht kommunal geschehen, das muss auf der Bundesebene durchgesetzt werden.

Wir haben mit unseren Beschlüssen zu den Kosten der Unterkunft dafür gesorgt, dass diejenigen Personen und Familien, deren Miete bis zu 15 Prozent oder 50,00 € über den angemessenen Kosten liegen, nicht umziehen müssen. Davon profitieren immerhin ca. 6.500 Bedarfsgemeinschaften. Dazu kommen weitere, umfangreiche soziale Kriterien, die einen Verbleib in der bisherigen Wohnung ermöglichen.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN haben mit der Einführung des Sozialtickets dafür gesorgt, dass mittlerweile 21.000 arme Menschen für monatlich 15,00 € am gesellschaftlichen Leben in unserer Stadt teilhaben können. Wenn nun CDU/FDP die Abschaffung des Sozialtickets -weil angeblich nichtbezahlbar- fordern und die SPD mit einer Anhebung des Preises auf 25,00 € liebäugelt, dann haben Sie im Gegenzug zu erklären, wie ein 135 Mio. € teurer Ausbau des Dortmunder Flughafens zu rechtfertigen ist.

## **4. Bildung für Alle**

Für Dortmund muss selbstverständlich sein: Bildung fängt weit vor der Schule an. Wir wollen, dass das Ausbauprogramm für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren fortgesetzt wird. Unser Ziel bleibt die Schaffung von insgesamt 3.000 Plätzen, um für 20 Prozent aller unter Dreijährigen einen Betreuungsplatz sicherzustellen.

Mit dem neuen Gesetz KiBiz hat die schwarz-gelbe Landesregierung die finanzielle und personelle Ausstattung der Dortmunder Kindergärten und -tagesstätten verschlechtert. Die fehlenden Landesmittel zum Ausgleich der Elternbeiträge müssen weiterhin über den städtischen Haushalt abgesichert werden.

Das gegliederte Schulsystem wird unserem Anspruch auf Chancengerechtigkeit nicht gerecht. Es führt zu Selektion und Ausgrenzung. Wir wollen Gemeinschaftsschulen mindes-

tens bis zur 9. Klasse, damit alle Kinder individuell gefördert, allen alle Bildungsabschlüsse eröffnet und keine Kinder mehr zurückgelassen werden.

Armut hat auch mit fehlenden Zugängen zu Bildungseinrichtungen zu tun. Sowohl der Armutsbericht als auch der Bildungsbericht zeigen auf, dass Kinder aus einkommensschwachen Haushalten und insbesondere mit Migrationshintergrund besonders betroffen sind. Wir müssen daher dort kommunal eingreifen, wo wir konkret mit unseren Mitteln die Lern- und damit auch Lebenschancen benachteiligter Kinder verbessern können.

Wie haben daher die Übernahme des Elternanteils bei den Schulbüchern für SGB-II-EmpfängerInnen in Höhe von 300.000 € jährlich sichergestellt. Man darf nicht schon am Schulbuch erkennen, ob jemand reich oder arm ist.

Auf Initiative von Bündnis 90/DIE GRÜNEN beteiligt sich die Stadt zudem am Programm „Kein Kind ohne Mahlzeit“ mit 240.000 € jährlich.

### **5. Sozialverträgliche, zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen, Klinikum sichern**

Wir wissen, dass Innovation und GründerInnengeist nur in einem Klima wachsen, das von Wissen, Toleranz und kultureller Vielfalt bestimmt wird. Dafür wollen wir die Rahmenbedingungen schaffen und damit zukunftsfähige Arbeitsplätze. Dortmunds Wandel von der Schwerindustrie zu einem Standort mit neuer Ausrichtung insbesondere auf Effizienz-, Informations- und Mikrosystemtechnologie muss fortgesetzt werden.

Wir wollen die Schlagkraft der Wirtschaftsförderung stärken und Dortmund als Hauptstadt der fairen Beschäftigung profilieren! Das Problem der Massen- und Dauerarbeitslosigkeit wurde bisher nicht gelöst: Als „Hauptstadt der Minijobs“ koppelt sich Dortmund von positiven Beschäftigungstrends ab.

Wir wollen eine gemeinwohlorientierte Wirtschaftsförderung als Schnittstelle im Kontakt zu Betrieben, Unternehmen und ExistenzgründerInnen, um Qualifizierungs- und Beschäftigungspotenziale sowie Ausbildungsplatzangebote insbesondere für schwierige Zielgruppen zu erschließen.

Das Klinikum Dortmund ist in seinem Bestand existenziell bedroht. Die Kostendämpfungsgesetze des Bundes, die Weigerung der schwarz-gelben Landesregierung, die erforderlichen Investitionsmaßnahmen zu finanzieren, und die vielen hausgemachten Probleme haben das Klinikum an den Rand des Ruins gebracht.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen am Klinikum als Maximalversorger in kommunaler Trägerschaft zur Sicherstellung eines hochwertigen Angebots in der stationären Gesundheitsvorsorge festhalten.

**Eine lebens- und liebenswerte Stadt braucht mehr GRÜN!  
Wer mehr GRÜN will, muss GRÜN wählen!**

**Fazit:** Das CDU/FDP-Lager rüstet sich zur Übernahme unserer Stadt. Wir wollen dies verhindern. Wir setzen andere Prioritäten als CDU und FDP und wollen alle DortmunderInnen für unseren Entwurf einer lebens- und liebenswerten Stadt gewinnen.

Wir wollen unser Wahlergebnis von 2004 (11,5 %) deutlich steigern, um im Rat und in den Bezirksvertretungen fest verankert zu sein. Mit einem breiten Votum der WählerInnen sind wir gut gerüstet, eine stabile Arbeitsbeziehung mit denjenigen Kräften im Rat einzugehen, die bereit sind, eine nachhaltige, zukunftsorientierte Politik in Dortmund mit uns zu gestalten.